

Niederschrift

BaMo/018/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 15.06.2023

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans Havers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin

beratende Mitglieder:

Frau Stefanie Remberg	Sachverständige Baudenkmalpflege
-----------------------	----------------------------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping

Sachkundiger Einwohner f.
Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Silke Friedrich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vertretung für Herrn Christi-
an Jansen

Herr Christian Heeke

CDU

Vertretung für Herrn Guido
Scholz

Herr Winfried Preuschoff

Vertretung für Herrn Claus
Meier

Vertreter:

Frau Claudia Reinke

CDU

Vertretung für Herrn Heiko
Isfort

Verwaltung:

Frau Milena Schauer

Beigeordnete

Frau Elke Jaske

Fachbereichsleiterin Planen
und Bauen

Herr Dr. Jochen Vennekötter

Betriebsleiter TBR

Frau Claudia Kurzinsky

Produktverantwortliche
Hochbau

Frau Barbara Kummer

Mitarbeiterin Hochbau

Herr Thomas Roling

Produktverantwortlicher
Mobilitäts- und Verkehrs-
planung

Frau Sonja Rottmann

Mitarbeiterin Hochbau

Herr Rüdiger Elbers

Straßenverkehrsbehörde

Herr Florian Keller

Mitarbeiter Hochbau

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Heiko Isfort

CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Guido Scholz	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Mahmoud Tahmaz	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung am 11.05.2023

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

1. Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren NRW

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 15.06.2023

ZUKUNFTSFÄHIGE INNENSTÄDTE UND ORTSZENTREN NRW

ECKPUNKTE FÖRDERANTRAG ZUR INFORMATION IN DEN GREMIEN

- Nachfolger vom Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte und Zentren
- Antragsstellung am 12. Juni 2023
- Förderkulisse im bisherigen Konzentrationsbereich
-
- Fördersatz 60 %
- Gesamtkosten: 203.760,00 €, Eigenanteil: 81.504,00 €
- Förderzeitraum: 2024 bis 2026
-
- Beantragte Förderbausteine
- Verfügungsfonds Anmietung
 - o Umsetzung für 4 Ladenlokale eingeplant
 - o Kosten: ca. 158.000 €
- Schaffung von Innenstadtqualitäten
 - o Generationengerechte Möblierung:
 - RHEINE-Schriftzug in XXL-Buchstaben als Selfie-Point
 - Kosten: ca. 15.000
 - o Stadtgrün-Elemente
 - 1 bis 2 Grünoasen (Sitz- / Pflanzkombinationen)
 - Kosten: ca. 15.000 €
 - o Kunstobjekte
 - Beleuchtungselemente zur winter:city
 - Wallpaintings (EmsSideGallery)
 - Kosten: ca. 15.000 €

2. Information zur Haushalts- und Personenbefragung zum Mobilitätsverhalten (Modal Split)

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 15.06.2023

Information zur Haushalts- und Personenbefragung zum Mobilitätsverhalten (Modal Split)

Der Kreis Steinfurt hat mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW im Jahr 2022 eine repräsentative Haushalts- und Personenbefragung zum Mobilitätsverhalten der Bevölkerung im Rahmen einer sog. Modal Split-Erhebung durchgeführt. Es wurde u. a. ermittelt, welche Verkehrsmittel die Bürgerinnen und Bürger für ihre alltäglichen Wege wählen und wie der Mobilitätsalltag der Bevölkerung im Kreis Steinfurt und in den kreisangehörigen Kommunen aussieht. Im Oktober 2022 wurden kreisweit insgesamt 18.500 Unterlagen an zufällig ausgewählte Haushalte verschickt. Die Teilnahme an der Haushaltsbefragung war freiwillig und erfolgte anonym.

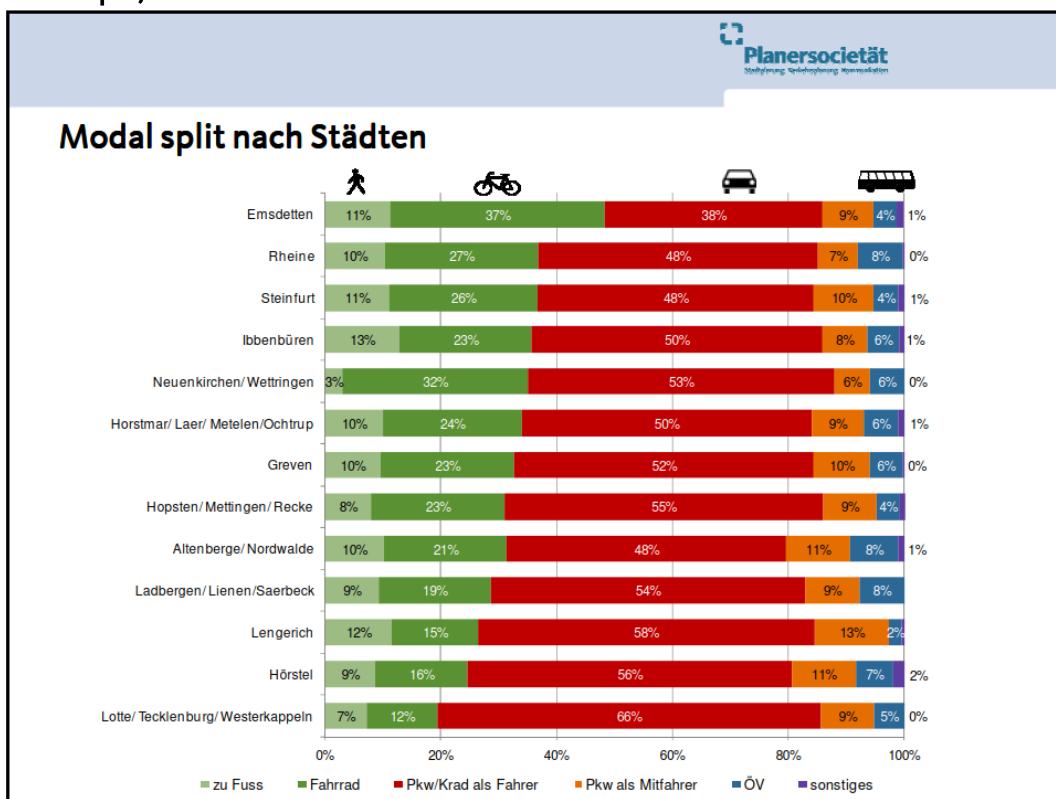
Mehr als 3.000 Haushalte bzw. mehr als 7.000 Personen aus allen kreisangehörigen Kommunen haben an der Befragung teilgenommen, wodurch die Ergebnisse auf statistisch sicherer Grundlage stehen (Rücklaufquote insgesamt 17 %).

Mit den Ergebnissen, die sowohl auf Kreisebene als auch auf Ebene der kreisangehörigen Kommunen vorliegen, erhalten die in den kommenden Jahren umzusetzenden Maßnahmen zur Verbesserung der Nutzung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes eine solide und robuste Datenbasis.

Die Untersuchung bildet eine wichtige Grundlage für die weitere Verkehrsentwicklungsplanung des Kreises und der Stadt Rheine.

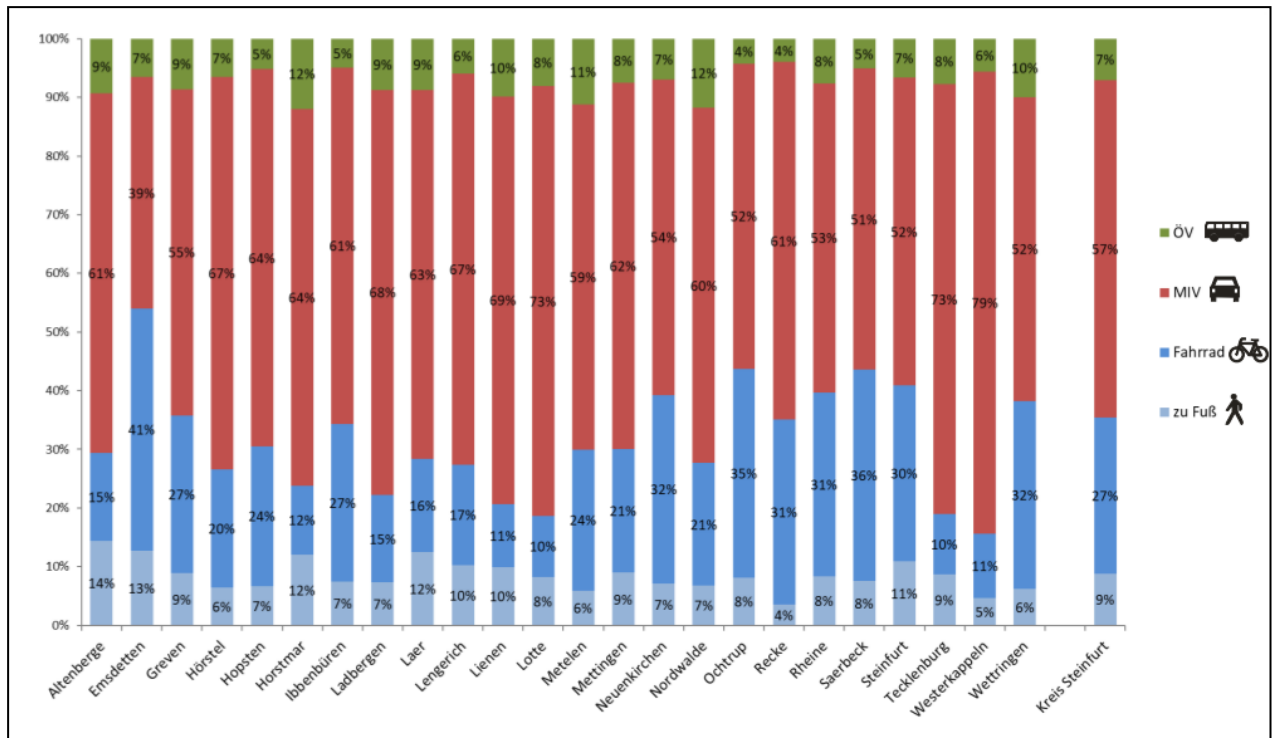
Die letzte Erhebung dieser Art hatte der Kreis Steinfurt vor zwölf Jahren durchgeführt. Durch die Berücksichtigung der Vergleichsdaten aus dem Jahr 2011 konnten die wesentlichen Entwicklungen der letzten Jahre ermittelt und dargestellt werden.

Modal Split, 2011



Quelle, Planersocietät 2011

Modal Split, 2022



Quelle: büro stadtVerkehr, 2022

Datenreihen Modal Split für Rheine im Vergleich 2011 zu 2022

Verkehrsträger	2011	2022
MIV (motorisierter Individual-Verkehr)	55 %	53 %
ÖV	8 %	8 %
Fußverkehr	10 %	8 %
Rad	27 %	31 %

Modal Split-Vergleich in der Zeitreihe

- MIV-Anteil (Fahrer sowie Mitfahrer): leicht gesunken um 2 %
- Fußverkehrs-Anteil: leicht gesunken um 2 %
- ÖPNV-Anteil: unverändert
- Radverkehrs-Anteil: Vergleichsweise stärkste Veränderung; gestiegen um 4 %

3. Grundschuloffensive Michaelschule – Errichtung in Holzmodulbauweise

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 15.06.2023

Michaelschule - Grundschuloffensive
Holzmodulbauweise

Im Rahmen der Grundschuloffensive wird die Michaelschule umgebaut und erweitert.

Das Projekt wird im ersten Bauabschnitt (Westflügel) in Holzmodulbauweise errichtet. Der Bauantrag wurde im Dezember 2022 hierfür genehmigt.

Da die zur Ausführung kommende Holzmodulbauweise weder in den Technischen Baubestimmungen geregelt ist noch über eine Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung bzw. ein Allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis verfügt, wird eine Zustimmung im Einzelfall benötigt die bisher noch nicht vorgelegt werden. Diese Zustimmung ist bei der obersten Bauaufsicht (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW - MHKD) zu beantragen. Zur Beantragung sind Unterlagen der geplanten Holzmodulbauweise inkl. einer zugehörigen gutachterlichen Stellungnahme eines beim MHKD anerkannten Sachverständigen einzureichen. Nach erfolgreicher Prüfung der Unterlagen wird die Zustimmung im Einzelfall durch das MHKD erteilt. Dieser Prozess führt zu einem Zeitverlust, der noch nicht genau zu bemessen ist.

Die Bauart Holzmodulbauweise soll weiterverfolgt werden, da eine Änderung der Bauart z. B. in Massivbauweise weitreichende Änderungsplanungen und einen größeren Zeitverlust nach sich ziehen würden.

Alle an dem Verfahren beteiligten Planer und Firmen sind gewillt, das Verfahren zügig abzuarbeiten.

2.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Herr Elbers berichtet zur **Unfallhäufungsstelle in Rodde** (Osnabrücker Str./Hörsteler Straße/Nahrodder Straße/Hafenstraße), dass der Kreis Steinfurt ihm erneut von zwei Unfällen mit Missachtung der Vorfahrt berichtet habe. Aufgrund der Unfallhäufigkeit, bestehe jetzt die Möglichkeit, die Vorfahrtregelung zu ändern. In Kürze werden dort Stoppregelungen, von der Hafenstraße und Nahrodder Straße kommend, mit Haltelinien installiert.

Weiter weist Herr Elbers auf eine **Eingabe der Stadtschulpflegschaft** hin, in der Tempodisplays gefordert wurden. Herr Elbers erklärt, dass die Stadt Rheine über vier Tempodisplays verfüge, die an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet temporär eingesetzt werden. Bei einem weiteren Thema gehe es darum, den motorisierten Verkehr in den Zufahrtsstraßen zu Schulbeginn und Schulschluss an Schulen zu verbieten, ohne den Anlieger- und Schülerverkehr zu beschränken. Dies sei im Arbeitskreis Verkehr besprochen worden und man sei zu dem Schluss gekommen, dass hierdurch eine Entschärfung der Verkehrssituation nicht erreicht werden könne.

Herr Murali fragt, ob sich schon etwas bezüglich seiner Anfrage zur **Sicherung der Bahnschienen am Friedensplatz** stadtauswärts ergeben habe.

Herr Elbers erklärt, dass es einen Ortstermin gegeben habe. Die Bahn sei generell nicht verpflichtet, entlang der Schienen zusätzlich Zäune etc. zu errichten, wobei nur der direkte Bahnübergang gesichert werden müsse. Die Bahn habe hier die Situation mit Gehwegen verglichen, an denen die Pkws auch direkt entlangfahren.

Herr Murali erklärt, dass es sich nur um ein paar Lücken in der Hecke handle, wo nur vereinzelt die Bepflanzung ergänzt werden müsse.

Herr Roling erklärt, dass man nicht alle Bahnlinien in der Stadt einzäunen könne, bzw. wenn man sich dafür entscheiden würde, ein Budget in den Haushalt mit eingestellt werden müsse.

Herr Moritzer möchte wissen, wie weit man mit der **Einrichtung von Elternparkplätzen im Bereich von Schulen** gekommen sei und wie diese angenommen werden.

Herr Elbers erklärt, dass man festgestellt habe, dass die Parkplätze nach wie vor nicht gut frequentiert werden und die Eltern weiterhin versuchen, bis an die Schule heranzufahren.

Herr Tappe berichtet, dass es beim **Bahnübergang Rodde** eine Baustelle im Gleisbereich für Signaltechnik gebe. Er berichtet über einen Sachverhalt, wo bei geöffneter Schranke beim nicht gesicherten Bahnübergang ein IC mit 140 km/h vorbeigefahren sei. Herr Tappe erklärt, dass er diese Situation zum Anlass genommen habe, mit der Schule bezüglich des Schulweges zu sprechen. Weiter habe er festgestellt, dass die provisorische Schranke nicht immer in Betrieb sei. Die Kinder nutzen ab sofort den Listweg als Schulweg, der in den Eisenbahntunnel an der Tovarstraße mündet. Ab dem Tunnel enden allerdings auch die geschlossene Ortschaft und der Bürgersteig/Radweg, wobei die Schulkinder dann auf der Straße weiterfahren müssen. Herr Tappe regt an, für den Bereich temporär eine Tempo-30-Zone einzurichten oder mit einer Linie auf der Straße den Bereich für die Kinder abzugrenzen. Er bittet sich die Stelle dort anzusehen. Herr Elbers berichtet, dass er vom Kreis Steinfurt mitgeteilt bekommen habe, dass dort in Kürze eine Sonderverkehrsschau stattfinden solle. Die Stelle an der Tovarstraße werde er sich ansehen.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass die **Bahnunterführung am Hörstkamp** für Fußgänger und Radfahrer sehr unübersichtlich sei. Beim Zugang aus Richtung Soldatenbrücke habe es auch schon kritische Situationen gegeben. Er regt an, an der Stelle Trixispiegel anzubringen.

Herr Elbers erklärt, dass sich der Arbeitskreis Verkehr die Stelle mehrfach angesehen habe. Da dort der Radverkehr immer mehr werde, habe man entschieden, dort einen Verkehrsspiegel anzubringen.

3. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4. Eingaben

4.1. 1. Eingabe - Schulwegsicherheit durch eine durchgehende Beleuchtung in Gellendorf

Dies führt für viele Menschen im Stadtteil dazu, einen sogenannten Angstraum durchqueren zu müssen.

Infolge der teilweise kurvigen Wegführung, in Verbindung mit schlechter Sicht, ist der Bereich ein absoluter Unfallschwerpunkt (Siehe Zeitungsartikel im Anhang). Alle Bewohner des Stadtteils nutzen diesen Weg, um stadteinwärts zu kommen, von der Familie mit Baby bis hin zum Rentner oder Altenheimbewohner.

Weiterhin wird die Radstrecke von vielen Jugendlichen genutzt, die das Sportgelände der Sportfreunde Gellendorf zum Spiel/Training mehrmals die Woche erreichen wollen. Ferner wird dieser Abschnitt ebenfalls von Radwandertouristen frequentiert aufgrund des Ems-Radweges.

Die Ausleuchtung des genannten Abschnitts trägt somit nicht nur zu einer Verbesserung der Sicherheit und zur Optimierung der Verkehrswegeinfrastruktur in Rheine bei. Ebenso ist sie ein Beitrag zur Steigerung der Fahrradfreundlichkeit der Stadt Rheine.

Ebendarum ist für die Sicherheit der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen aus Rheine und den Radtouristen eine Beleuchtung des Radwegs unabdingbar.

Mit freundlichen Grüßen

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.30 Rol -

30. Mai 2023

Vermerk

Anregung nach Paragraph 24 GO NRW

Datum: 28. März 2023

Anregung durch:

(zusätzlich ist eine Unterschriftenliste angefügt)

Eingabe zur Schulwegsicherheit durch eine durchgehende Beleuchtung in Gellendorf

Antwort der Verwaltung:

Die Anregung wird zur Prüfung als Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Arbeitskreises Radverkehr aufgenommen.

Begründung:

Da sich die mögliche neue und ergänzende Beleuchtung des Radweges in Gellendorf insbesondere auf die Verbesserung im Radverkehr bezieht, wird die Anregung zur Beratung in den Arbeitskreis Radverkehr gegeben, der am 26.10.2023 tagen wird. Dieser Arbeitskreis setzt sich mit der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes und ergänzenden Anregungen im Radverkehr auseinander, um eine Empfehlung an den Bau- und Mobilitätsausschuss zu geben, der dann über die umzusetzenden Radverkehrsmaßnahmen des Folgejahres entscheiden wird. In diesem Zusammenhang wird auch über die erforderlichen finanziellen Mittel für 2024, vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen, entschieden.

Eine Umsetzung in diesem Jahr wäre allein aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel, die in 2023 hierfür nicht eingestellt sind, nicht möglich.

Die Beratung über umfangreichere Anregungen zur Verbesserung des Radverkehrs im Arbeitskreis Radverkehr und eine Entscheidung im darauffolgenden Bau- und Mobilitätsausschuss, hat sich bewährt und würde auch in der Form für diesen Antrag angewendet werden

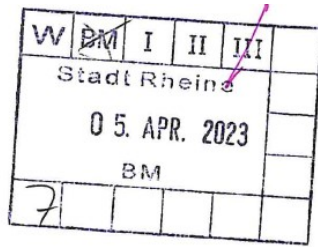
4.2. 2. Eingabe - Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf

Herr Hesping erklärt, dass am Friedhof Eschendorf die Buslinien C 4 und C 5 verkehren, wobei die Bushaltestellen vom Eingang Friedhof 500 – 600 Meter entfernt seien. Da der Friedhof sehr weitläufig sei und die Besucher oft in einem höheren Alter oder mit einer Behinderung den Busverkehr nutzen, können sie dann nur schwer den langen Weg von der Bushaltestelle zum Friedhof und dann zu den Gräbern zurücklegen. Oft müsse der Weg auch mit Gehhilfen oder Rollatoren zurückgelegt werden. Er bittet deshalb, die Eingabe noch einmal zu überdenken, da für sie die Aufnahme in die Fortschreibung des Nahverkehrskonzeptes nur die zweitbeste Lösung sei und man schneller vorankommen möchte. Herr Hesping weist darauf hin, dass das Problem schon länger bestehe und auch die Bürgersteige vom Marienstift kommend in einem schlechten Zustand seien, um gefahrlos mit einem Rollatoren gut voranzukommen.

Herr Kleene möchte wissen, wann die Neuregelung des Nahverkehrs erfolgen werde. Er regt an, eine neue Haltestelle am alten Haupteingang des Friedhofs, gegenüber des Blumenhaus Achterkamp, einzurichten.

Herr Beckmann möchte an die Möglichkeit eines Taxibusses von vor Jahren erinnern, dessen Haltestelle direkt dort vorgesehen war. Dieser Taxi-Bus sei gestrichen worden, da er nicht angenommen wurde.

Frau Schauer erklärt, dass der Rat Ende 2020 das Nahverkehrskonzept beschlossen habe und diese Haltestelle nicht enthalten sei. Im letzten Bau- und Mobilitätsausschuss sei die Überprüfung des Nahverkehrskonzeptes beschlossen worden, da es eine neue Ausschreibung geben solle. Dadurch habe man jetzt noch einmal die Chance, dies überprüfen zu lassen.



Rheine, den 03.04.2023

Seniorenbeirat der Stadt Rheine
Familienbeirat der Stadt Rheine
Beirat für behinderte Menschen der Stadt Rheine
Klosterstraße 14, 48431 Rheine

Stadt Rheine
Herrn Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Betreff: Eingabe zur Einrichtung einer Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,
von einigen älteren Mitbürgern wurde der Wunsch an uns herangetragen, eine Bushaltestelle, so wie auch bereits am Friedhof Königsgesch vorhanden, ebenfalls zentral am Friedhof Eschendorf einzurichten.

Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, die nicht mehr selbstständig mit dem Fahrrad und/oder dem PKW unterwegs sein können, erweist sich der Fußweg von den nächstgelegenen Haltestellen des ÖPNV zu den Gräbern der Angehörigen relativ lang. Im Bereich des Friedhofs Eschendorf verkehren die Buslinien C4 und C5, jeweils mit der Endhaltestelle "Zur Heide". Von dort sind es fußläufig 550 Meter bis zur Mitte des Friedhofs, dem zentralen Wegkreuz. Geringfügig näher liegt die Haltestelle "Marienstift" der Linie C5. Aber auch von dort sind es immer noch 500 Meter bis Mitte Friedhof.

Vor allem viele ältere Menschen, aber auch Menschen mit Behinderung, sind heute leider auf eine Gehhilfe, einen Rollator oder anderen Hilfsmitteln zur Fortbewegung angewiesen. Bis zu ca. 850 Metern (der Friedhof Eschendorf hat eine relativ große Ausdehnung) z.B. mit einem Rollator zurückzulegen, ist für viele eine zu große Anstrengung. Damit fehlt oftmals die Möglichkeit, selbstständig, ohne Hilfe aus der Familie, Nachbarschaft oder von Freunden erbitten zu müssen, die Gräber der verstorbenen Ehe- oder Lebenspartner zu besuchen.

Die Verwaltung und auch die politischen Vertreter der Stadt Rheine bemühen sich seit Jahren fortlaufend um Optimierung und ständigem Anpassen des Mobilitätskonzepts. Auch Vertreter der Beiräte der Stadt Rheine sind in verschiedenen Arbeitsgruppen oder Ausschüssen immer wieder mitarbeitend oder beratend aktiv. Es wäre für die Beiräte wünschenswert, wenn auf der Grundlage einer selbstbestimmten Mobilität, die Wegführung der Buslinien C4 und C5 überdacht wird, um direkt am Friedhof Eschendorf eine Haltestelle einzurichten. Wir bitten um eine wohlwollende Prüfung und Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen

Familienbeirat
Vorsitzende
Frau Bischoff

Beirat für Menschen mit Behinderung
Vorsitzender
Herr Meier

Seniorenbeirat
Vorsitzender
Herr Winnemöller

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.30 Rol -

2. Juni 2023

Vermerk

Anregung nach Paragraph 24 GO NRW

Datum: 03. April 2023

Anregung durch: Seniorenbeirat, Familienbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung; Stadt Rheine

Eingabe zur Einrichtung einer Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf

Antwort der Verwaltung:

Die Anregung wird zur Prüfung in die Fortschreibung des Nahverkehrskonzeptes der Stadt Rheine aufgenommen.

Begründung:

Die Stadt Rheine plant zur Zeit eine Fortschreibung des bestehenden Nahverkehrskonzeptes.

In diesem Zusammenhang werden auch die Linien, die Haltestellenabdeckung und die Taktung überprüft.

Daher sollte in diesem Zusammenhang die mögliche Einplanung einer zusätzlichen Haltestelle im Bereich des Friedhof Eschendorf abgeprüft werden.

4.3. 3. Eingabe - E-Scooter Parkbereiche

Anregung nach Paragraph 24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann,

nach Paragraph 24 GO NRW rege ich die Einführung von Scooter-Parkbereichen und / oder Scooter-Parkstreifen durch sichtbare Markierungen in Rheine an.

Behinderungen z. B. auf Gehwegen durch abgestellte E-Scooter sollen deutlich reduziert werden und die Aufenthaltsqualität für Rheine gesteigert werden.

Es geht nicht um die Verbannung von E-Scootern, sondern um die Steigerung der Akzeptanz für dieses Verkehrsmittel.

Wie alle anderen Verkehrsmittel braucht es einen Rahmen, denn zunehmend sind Unfälle und Behinderungen durch Elektroroller zu registrieren.

Wildes oder ungeregeltes Abstellen, teils im öffentlichen oder auch im privaten Raum, führen zu Unmut über dieses Verkehrsmittel.

Daher braucht es Regeln: Scooter-Parkbereiche und / oder Scooter-Parkstreifen durch sichtbare Markierungen.

Mit freundlichen Grüßen



Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.30 wo -

2. Juni 2023

Vermerk

Anregung nach Paragraph 24 GO NRW

Datum: 04. April 2023

Eingabe durch: [REDACTED]

Einführung von Scooter-Parkbereichen und / oder Scooter-Parkstreifen durch sichtbare Markierungen in Rheine

Antwort der Verwaltung:

Die Markierung von Parkbereichen und/oder Parkstreifen für Elektro-Tretroller wird von der Verwaltung abgelehnt.

Begründung:

Derzeit bietet lediglich ein Anbieter von Elektro-Tretrollern die Dienstleistung der Vermietung von E-Tretrollern in Rheine an. Dem Anbieter wurde die Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen und das Aufstellen von 250 E-Tretrollern unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs befristet erlaubt. Die getroffene Festsetzung bestimmt, dass in der Zone I (innerhalb des Innenstadtring) 30 E-Tretroller und in den Zonen II und III die übrigen 220 E-Tretroller ausgebracht werden. Durch die Begrenzung der Gesamtanzahl der E-Tretroller, sowie die Zonenaufteilung ist gewährleistet, dass Behinderungen durch die E-Tretroller weitgehend unterbleiben und die Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Rheine durch den Betrieb der E-Tretroller nicht gemindert wird.

Die Einrichtung von Parkbereichen für E-Tretroller im Stadtgebiet würde voraussetzen, dass die gesamte Business-Area des Anbieters zur Parkverbotszone ausgewiesen werden müsste, mit Ausnahme der Parkzonen/Parkplätze. Hier wären dann nach jedem Ausleihvorgang die E-Tretroller abzustellen, so dass u.U. zum eigentlichen Ziel wieder ein Fußweg in Kauf genommen werden müsste.

Diese Vorgehensweise ist für ein sog. Floating-System, bei dem die Nutzer an verschiedenen Stellen ein Fahrzeug abstellen können bzw. auffinden können, untauglich und würde das Geschäftsmodell ad absurdum führen.

In Abstimmung mit dem dem Anbieter wurden daher Parkverbotszonen in der Stadt eingerichtet, in denen die Beendigung des Leihvorganges nicht möglich ist. Diese Zonen befinden sich in der Innenstadt, entlang von Fließgewässern, in Parks, Naturschutzgebieten, auf Friedhöfen und Brücken. Im Innenstadtbereich wurden die Parkverbotszonen so gewählt, dass das Abstellen der Roller z.B. in hochfrequentierten Bereichen der Einkaufsstraße nicht möglich ist.

Übergangsweise wurde im Jahr 2022 ein Testbetrieb mit dem E-Tretroller Anbieter vereinbart. Dieser Testbetrieb verlief aus Sicht der Stadt Rheine nahezu unproblematisch. Eine erhöhte Gefährdung durch die E-Tretroller kann aktuell nicht festgestellt werden. Berichte und Beschwerden über zunehmende Unfälle und Behinderungen sind weder der Mobilitäts- und Verkehrsplanung noch dem Ordnungsamt

der Stadt Rheine bekannt. In seltenen Ausnahmen von unregelmäßig abgestellten E-Tretrollern reagierte der Anbieter sehr schnell und beseitigte die Verkehrsgefährdung innerhalb weniger Stunden.

Um eine Steigerung und Akzeptanz der Elektrokleinstfahrzeuge zu erreichen, finden derzeit gemeinsam mit dem Anbieter Überlegungen statt, an einzelnen Punkten der Stadt feste und markierte Ausbringzonen der E-Tretroller einzurichten. Diese haben den Charakter von Scooter-Parkbereichen und erleichtern den Nutzern das Auffinden und Ausleihen von E-Tretrollern, weil diese dann zwischenzeitlich vom Anbieter an den immer gleichen Stellen abgestellt und die Wahrscheinlichkeit hoch ist, an dieser Stelle einen E-Tretroller zu finden und ausleihen zu können.

4.4. 4. Eingabe - Stadtschulpflegschaft - Verbesserung der Verkehrssicherheit im Schülerverkehr/Tempodisplays und Auswertung



Anregung gem. § 24 GO NRW (Verbesserung der Verkehrssicherheit im Schülerverkehr/Tempodisplays und Auswertung)

über den Bürgermeister der Stadt Rheine, Dr. Peter Lüttmann

an den Rat der Stadt Rheine

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann, sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Rheine,

der Stadtschulpflegschaft in der Stadt Rheine als vertretendes Gremium der Eltern an allen Rheiner Schulen in Trägerschaft der Stadt Rheine ist es ein besonderes Anliegen, die Schulwege möglichst sicher zu gestalten. Der Problematik von Elterntaxis und dem – u.a. auch damit verbundenen – (zu schnellen) Fahrzeugverkehr rund um die Schulen möchten wir mit wirksamen Mitteln begegnen. Aus diesem Grunde wenden wir uns mit zwei Anregungen an den Bürgermeister bzw. den Rat der Stadt Rheine.

1. Zum einen regen wir die Anschaffung und den Einsatz von Tempodisplays in der Stadt Rheine an.
2. Zum anderen regen wir an, während der regelmäßigen Schulbeginn- und Schulschlusszeiten in den Zufahrtstrassen ausschließlich Schülerverkehr und Anliegerverkehr zuzulassen.

Wir bitten über die Stellungnahme zu den Anregungen unterrichtet zu werden.

Unsere Anregung:

1. Tempo-Displays

Die Stadt Rheine möge mindestens 15 Tempo Displays beschaffen (alternativ die Anzahl der vorhandenen Displays benennen), die Auswertungen des durchschnittlichen Tagesverkehrs, des durchschnittlichen Jahresverkehrs, sowie der Durchschnittsgeschwindigkeiten aller Fahrzeuge ermöglichen. Auf Anforderung der Bürgerschaft, diese Displays regelmäßig an bestimmten Stellen einzusetzen, sollen die Ergebnisse regelmäßig ausgewertet und sodann auf der Homepage der Stadt

Rheine veröffentlicht werden. Die Daten sollen halbjährlich oder jährlich aktualisiert werden.

1. Verbot für Nichtschülerverkehr

Der Rat möge die Stadt Rheine beauftragen, zu prüfen, inwieweit während der regelmäßigen Schulbeginn- und Schulschlusszeiten in den Zufahrtstrassen ausschließlich Schülerverkehr und Anliegerverkehr zugelassen werden kann. Eine Durchfahrt für sonstige (motorisierte) Verkehrsteilnehmer:innen sollte verboten werden.

Begründung:

Schulen und Kindergärten liegen üblicherweise innerhalb von gut bis dicht besiedelten Wohngebieten. Parkende Anwohner:innen treffen hier auf ab- und durchfahrenden Berufsverkehr sowie auf durch den Schulbeginn bedingten Schülerverkehr. Letzterer erfolgt zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Auto. Auch Busverkehr kommt in der Regel hinzu. Dadurch kann es in unmittelbarer Nähe der Schulen und Kindergärten insbesondere zu den morgendlichen Stoßzeiten zu umfangreichem Begegnungsverkehr der verschiedenen Verkehrsteilnehmer:innen und zu Staus vor den Schuleingangsbereichen bzw. den Zufahrtstrassen kommen. Aber auch zu den Mittags- und frühen Nachmittagsstunden, wenn Schule oder Kindergarten endet, ist mindestens durch den Abfahr- und Abholverkehr häufig viel los in der näheren Umgebung. Trotz der zumindest zu den Stoßzeiten regelhaften Tempo-30-Begrenzungen wird häufig zu schnell gefahren. Mindestens morgens kommt Berufsverkehr hinzu. Gefährdungspotential der noch unerfahrenen minderjährigen Verkehrsteilnehmer:innen entsteht.

Um unsere jüngsten Verkehrsteilnehmer:innen und Bewohner:innen der Stadt Rheine zu schützen, können Tempodisplays zur Sensibilisierung und damit zur Verkehrssicherheit beitragen. Durch die Tempodisplays soll das Bewusstsein für die gefahrene Geschwindigkeit gefördert werden. Die regelmäßigen Auswertungen sollen zudem die Einsicht fördern, dass nicht der einzelne Verkehrsverstoß oder die kleine Unaufmerksamkeit eines Einzelnen „nicht so schlimm ist“, sondern dass dies vielmehr in Kumulation zu vielen gefährlichen Situationen für unsere Jüngsten und Schwächsten führen kann.

Die Stadt Gütersloh geht hier mit gutem Beispiel voran. Sie verfügt über einige Tempodisplays zur Erhebung von Verkehrsdaten und Anzeige der aktuell gefahrenen Geschwindigkeit. Die Tempodisplays werden überwiegend an Straßen eingerichtet, die vermehrt von schutzbedürftigen Personen wie Kindern und älteren Menschen genutzt werden, an Unfallhäufungsstellen oder an Stellen wo überdurchschnittlich häufige Geschwindigkeitsüberschreitungen vorliegen.

Die Auswertungen der Tempodisplays sind in Gütersloh online einsehbar. Es werden der durchschnittliche Tagesverkehr (durchschnittliche Anzahl der Fahrzeuge am Tag), durchschnittliche Jahresverkehr (durchschnittliche Anzahl der Fahrzeuge im Jahr) sowie die Durchschnittsgeschwindigkeiten aller Fahrzeuge gemessen. Die Geschwindigkeit, die von 85 % der gemessenen Fahrzeuge eingehalten, aber von 15 % überschritten wird, wird ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um eine verlässliche Kontrollgröße für das Fahrverhalten der Mehrheit der Fahrzeuge.

Unter Hinweis auf die zuletzt in den Medien diskutierten Gefahrenstellen an der Felsenstrasse und in Gellendorf erhoffen wir uns von der Möglichkeit der Sensibilisierung eine kurzfristig zu erreichende Entspannung.

Alternativ kann das Verbot für durchfahrenden motorisierten Verkehr zu Stoßzeiten ein höheres Maß an Sicherheit bringen. Der Anliegerverkehr darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Unsere bisherigen Bemühungen:

In einer Email vom 2.6.2022 teilte Michael Wolters auf eine Anfrage der Stadtschulpflegschaft zur Verfügbarkeit von Tempodisplays in der Stadt Rheine mit:

Die Stadt Rheine habe mehrere Displays, wie viele konnte Herr Wolters noch nicht ermitteln. Sie werden vorwiegend an Schulen, Kindergärten und in 30 Zonen angebracht, ebenso wie Geschwindigkeitskontrollen mit stadteigenen „Blitzern“ vorwiegend an diesen Stellen erfolgen. Als Ansprechpartner wurde Rüdiger Elbers benannt. Vorlagen für Lehrpersonal könnten zur Verfügung gestellt werden.

Auf unsere Anfrage an Herrn Elbers, ob die mit Tempodisplays hauptsächlich an Schulen und Kitas erhobenen statistischen Daten als open Data auf der Homepage der Stadt Rheine zur Verfügung gestellt werden können, teilte dieser am 1.8.2022 mit, dass nur die Möglichkeit bestehe, die Geschwindigkeit für den Verkehrsteilnehmer anzuzeigen. Auswertungsmöglichkeiten bestünden nicht. Über den Ordnungsdienst könne telefonisch angefordert werden, eine Geschwindigkeitsanzeigetafel an bestimmten Stellen einzusetzen.

Fazit:

Die Stadt Rheine könnte durch Erfüllung der Anregungen der Stadtschulpflegschaft Rheine zu mehr Verkehrssicherheit rund um die Schulen und Kindergärten beitragen.

Freundlichen Gruß

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

Eingabe der Schulpflegschaft vom 19.03.2023

1. Tempodisplays

Die Stadt Rheine verfügt bereits über 4 Tempodisplays, die die aktuell gefahrenen Geschwindigkeiten anzeigen. Sie werden schon jetzt gezielt und fortlaufend an ständig wechselnden Standorten eingesetzt, um bei den Fahrern ein Bewusstsein für ihre gegenwärtige Geschwindigkeit zu schaffen. Auf diese Weise tragen sie zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer und damit zur Verkehrssicherheit bei. Dieser plötzliche und für den Fahrer unerwartete Aufmerksamkeitseffekt ginge verloren, wenn die Geräte auf Dauer an festen Standorten installiert würden und eine Gewöhnung einträte.

Daher soll die aktuelle Verfahrensweise beibehalten werden.

Vorschläge für Einsatzstellen werden jederzeit per Mail oder auch telefonisch vom Ordnungsdienst des Fachbereiches Recht und Ordnung entgegengenommen. Die Telefonnummer lautet: 939-982

2. Sperrung von Zufahrtsstraßen zu Schulen

Im Arbeitskreis Verkehr wurde über die Anregung beraten, in den Zufahrtsstraßen während der regelmäßigen Schulbeginn- und Schlusszeiten den motorisierten Verkehr zu verbieten, ohne dabei den Schüler- und Anliegerverkehr zu beschränken.

Unter den Arbeitskreismitgliedern bestand dabei Einvernehmen, dass unter Beibehaltung des motorisierten Schüler- und Anliegerverkehrs eine Entschärfung der Verkehrssituation nicht erreicht werden kann, weil Gefährdungen und Behinderungen vorwiegend dann entstehen, wenn Schüler im unmittelbaren Schulumfeld aus- bzw. einsteigen.

Hinzu kommt, dass aufgrund des rechtlich unklar definierten Begriffs „Anlieger“ eine Sanktionierung von Falschfahrten durch die Polizei kaum möglich wäre.

Stattdessen empfiehlt es sich, präventiv darauf hinzuwirken, Schüler bereits in Nebenstraßen aussteigen zu lassen, von wo aus sie sicher über Gehwege zur Schule gelangen können. Zudem wird so eine Entzerrung des Verkehrs im direkten Schulumfeld erreicht.

5. **Neubau Elsa-Brändström-Realschule**
- aktueller Sachstand (mit Ergänzungen)
Vorlage: 184/23/1

Frau Schauer gibt einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand. Man habe in der Zwischenzeit die entstandenen Fragen, die bis zum Vorlagenstopp eingegangen seien, beantwortet und der Vorlage beigelegt. Aufgrund der Tatsache, dass die Schule so zügig wie möglich gebaut werden solle, schlage sie vor, den Bau der Schule und der Sporthalle voneinander zu trennen. Man werde für die Schule die Leistungsphase 3 abschließen und für die Halle noch einmal eine Machbarkeitsstudie mit den Einsparvorschlägen, die man in der Vorlage ausgeführt habe, auf den Weg bringen. Dann könne im Bau- bzw. auch im Sportausschuss darüber entschieden werden, ob man den Einsparvorschlägen folgen möchte. Frau Schauer weist darauf hin, dass man versetzt planen müsse, da es ein großes Projekt sei und die Planer-Kapazitäten nicht unendlich seien. Da man Verzögerungen haben werde, können die Bauzeitenpläne erst nach Beschlussfassung neu aufgestellt werden.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass man viel diskutiert habe, aber mit dem Musterraumprogramm so einverstanden sei. Fragen habe er allerdings noch zur Außenfassade. Er frage sich, wenn man die Kosten in Höhe von 8,6 Mio. Euro auf einen realen Quadratmeterpreis herunterrechnen würde, man dann auf 22.000 qm Außenfläche komme. Des Weiteren frage er sich, ob es unbedingt abgehängte Decken sein müssen und bei der Kostengruppe der Dachbeläge seien 3,6 Mio. Euro kalkuliert worden. Wenn er von 100,00 Euro/qm Kosten ausgehe, komme er auf 36.000 qm Fläche. Er frage sich, ob dies im Hinblick auf die Quadratmeter reale Werte seien.

Frau Schauer erklärt, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt in der Leistungsphase 3 befinde, in der natürlich auch mit Kennzahlen gearbeitet werde. Man habe sich jede Zahl angeschaut und hinterfragt, ohne allerdings die Arbeiten der Architekten und Fachplaner zu wiederholen und anzuzweifeln.

Frau Kummer weist darauf hin, dass über die Arbeit mit abgehängten Decken im Schulbereich bestimmte DIN-Werte für das z. B. akustische Raumklima eingehalten werden müssen. Daran habe man sich zu halten, wobei die Werte nicht erreicht werden können, wenn die Wände oder Decken nur eine Putzoberfläche erhalten. Für einen Klassenraum sei immer eine abgehängte Akustikdecke nötig, wobei für die Wandflächen weitere akustische Maßnahmen zu treffen seien. Gerade wenn es um das Thema Inklusion gehe, gebe es noch weitere entsprechende Auflagen. Wenn die genaue Quadratmeterzahl der Dach- und Wandflächen gewünscht werde, müsse sie dies ermitteln lassen. Man dürfe nicht vergessen, dass man es hier mit einer 6-zügigen Schule mit erheblichen Flächen zu tun habe.

Herr Murali erklärt, dass man natürlich keinen Einfluss auf die Preissteigerungen habe. Man solle schon Schule und Sporthalle getrennt betrachten, aber gleichzeitig bauen.

Herr Schomaker erklärt, dass sie 20 Mio. Euro über dem Budget auch kritisch sehen. Sie begrüßen, dass die Bereiche 6-Zügigkeit, Ganztagschule und Inklusion keine Einschränkung erfahren haben.

Herr Beckmann erklärt, dass man zurzeit einen dramatischen Rückgang des Neubaugeschäftes in Europa verzeichnen könne und dementsprechend die Preise nach unten gehen. Die Mitglieder der CDU-Fraktion werden dem Beschlussvorschlag, auch mit der Trennung der Maßnahmen zwischen Schule und Sporthalle, zustimmen. Begrüßen würden sie ein weiteres Gutachten für weitere Kostenoptimierungen, gerade auch im Bereich der Sporthalle. Vergessen solle man nicht, dass man in die Bildung und den Nachwuchs investiere und man diese Schule benötige.

Frau Schauer weist darauf hin, dass es sich bei einer Frage um verkehrliche Einrichtungen gehandelt habe. Hierzu erklärt sie, dass man die Bus-Bucht und die Querungshilfe im öffentlichen Straßenraum baue und entschieden habe, diese Kosten im Bereich Verkehr und Mobilität zu veranschlagen.

Frau Friedrich erklärt, dass auch sie dem Verwaltungsvorschlag folgen werden. Auch sie hoffe, dass sich mit dem Einpendeln der Baupreise bei den Ausschreibungen noch Einsparungen ergeben werden.

Herr Brauer erklärt, dass es gut gewesen sei, dass man sich mit der Verwaltung in Bezug auf die im Verfahren entstandenen Fragen auseinandergesetzt habe. Dies habe noch einmal eine gute Diskussionsgrundlage für die Besprechungen innerhalb der Fraktionen gegeben.

Beschluss:

1. Die weitere Planung für die Neubaumaßnahme soll **getrennt** nach Schulgebäude und Sporthalle fortgeführt und umgesetzt werden.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die aktualisierte Kostenberechnung zum Neubau der Elsa-Brändström-Realschule (Schulgebäude und Sporthalle) zur Kenntnis.
3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die Umsetzung des Schulgebäudes auf der Grundlage der Planunterlagen aus den Vorlagen 487/22 und 15/2023 sowie der vorliegenden Kostenberechnung (Anlage 1) und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe aller weiteren Leistungsphasen zur Errichtung des Schulgebäudes. Dies sind die Leistungsphasen 5 (Ausführungsplanung) bis 8 (Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation).
4. Der Einsparvorschlag Option B1 für das Schulgebäude soll nicht umgesetzt werden.
5. Zur Überprüfung von Einsparpotentialen beim Teilprojekt Sporthalle beschließt der Bau- und Mobilitätsausschuss die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie mit dem Inhalt der Option B2 a bis d.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Grundschuloffensive - Vorstellung der Vorentwurfsplanung Südeschule Vorlage: 120/23

Frau Schauer gibt einen allgemeinen Überblick über die drei Maßnahmen der Grundschuloffensive. Sie weist darauf hin, dass man die Zeit- und Zielplanung noch überarbeiten müsse, denn es ist aufwendiger geworden als man es am Anfang gedacht habe. Dies werde man dem BaMo und Schulausschuss in der überarbeiteten Version noch einmal vorlegen.

Herr Keller gibt einen kurzen Überblick zur Baumaßnahme Südeschule mit ihren drei Varianten und erklärt die Unterschiede. Er weist darauf hin, dass die Variante 1 von der Verwaltung favorisiert werde.

Herr Schaper dankt für die ausführliche Vorlage. Er weist darauf hin, dass der Schulausschuss den Beschluss geändert habe und sich für die Variante 2 (3-zügig Südeschule, 1-zügig Konradschule) ausgesprochen habe. Die Mitglieder der SPD-Fraktion halten die Grundfläche für den Schulhof zu klein und hoffen sehr, dass eine zeitnahe Lösung mit dem anliegenden Kirchengelände gefunden werde, damit der Schulhof erweitert werden könne. Er fragt, ob die Kosten für die Ertüchtigung der Konradschule in den 22,5 Mio. Euro schon enthalten seien, bzw. wieviel Kosten noch dazukommen würden.

Frau Friedrich erklärt, dass auch sie die Varianten 1 und 2 sehr heftig diskutiert haben. Sie stimmen der SPD-Fraktion bezüglich des Schulhofes in vollem Umfang zu, dass der Schulhof viel zu klein sei. Die Schüler müssen so viel Zeit in der Schule verbringen, es seien daher für sie vernünftige Bewegungsräume mit viel Grün wichtig. Die Mitglieder der Fraktion der Grünen werden den Varianten nicht zustimmen, wenn die Schulhoffrage nicht geklärt werde. Frau Friedrich weist darauf hin, dass noch folgende Fragen übergeblieben seien. 1. Wie könnte es gehen, wenn man mehr Bereiche mehrgeschossig bauen würde, um mehr Freifläche zu erhalten? 2. Werden

mit den veranschlagten Kosten schon klimaneutrale und nachhaltige Standards umgesetzt? 3. Wie sieht es mit der Versorgung der Schüler aus und sind Doppelnutzungen der Räume wie z. B. einer Mensa möglich? 4. Sollen die Mensen nur als Essraum gestaltet werden oder sollen die Anlieferungsküchen vergrößert werden, damit diese dann auch als Produktionsküchen genutzt werden können?

Auch Herr Beckmann erklärt, dass im Schulausschuss der Beschluss über die Variante 2 gefasst worden sei. Er freue sich, dass die Schulen über die Grundschuloffensive jetzt angegangen werden und in neue Wärmekonzepte investiert werde. Man tausche die alten Anlagen unter dem Aspekt der Energieoptimierung und CO₂-Reduzierung aus, man denke an PV-Anlagen und mache eine Grünbedachung. Außerdem finde er die Integration des Altbaus sehr gelungen. Deshalb stimmen sie für die Variante 2 mit dem Optimierungswunsch für die Schulhofffläche.

Herr Schomaker erklärt, dass auch sie sich für die Variante 2 entschieden haben. Ein Grund sei die Entwicklung der Wohnräume und Baugebiete in Gellendorf gewesen, weshalb ihnen wichtig sei, dass die Konradschule erhalten bleibe. Auch sie sehen die Schulhofffläche als sehr klein an, wobei gesagt werden müsse, dass der Bedarf an Schulraum auch wichtig sei.

Frau Schauer beantwortet die gestellten Fragen. Sie weist darauf hin, dass die Kosten für die Ertüchtigung der Konradschule in den genannten Kosten nicht enthalten seien. Diese belaufen sich auf ca. 6 Mio. Euro, was Herr Keller gleich konkretisieren würde. Zur Schulhofffrage erklärt sie, dass man schwerlich eine andere Möglichkeit finden werde. Man könne nur auf die Fläche der Kirchengemeinde warten und hoffen, dass man Fläche in Zukunft hinzubekomme. Wann das sein werde, könne man jetzt noch nicht sagen. Was die Geschossigkeit für die Südeschule betreffe, sei dies für die Umgebungsbebauung das maximal zumutbare. Zur Nachfrage in wie weit klimaneutrales Bauen mit eingerechnet sei, erklärt Frau Schauer, dass man verschiedene Kriterien wie z. B. Dachbegrünung, PV-Anlagen und einen gewissen Energiestandard berücksichtigt habe. Um dann endgültig sagen zu können, dass dies klimaneutrales Bauen sei, müsse man erst in die Entwurfsplanung hereingehen. Weiter möchte sie darauf hinweisen, dass sich die Zahlen, die Herr Keller vorgestellt habe, noch verändern werden. Man habe eine Baukostensteigerungen zwar mit eingeplant, wobei sich aber Änderungen in der Entwurfsplanung und somit Kostensteigerungen noch ergeben können.

Herr Keller ergänzt, dass bei der Variante 2 die Kosten für die Konradschule bei 5.8 Mio. Euro und bei der Variante 3 bei 10 Mio. Euro liegen werden.

Herr Schomaker fragt, ob es von der Planung, Statik und Grundstruktur des Gebäudes möglich sei, zu einem späteren Zeitpunkt das Gebäude aufzustocken, wenn man jetzt erst einmal 2 oder 3-zügig plane.

Frau Schauer erklärt, dass, wenn man den Auftrag erhalte die Schule aufstockbar zu planen, man dies machen würde. Man könne nicht davon ausgehen, dass, wenn man etwas baue, man später einfach eine Etage draufsetzen könne. Man müsse dies überprüfen, was aber nicht heißen würde, dass dies möglich sei.

Herr Brauer weist darauf hin, dass die Schule bei einer 3-Zügigkeit auch kürzer gebaut und geplant werde, so dass eine 4-Zügigkeit nicht realisierbar sei, da der verkürzte Teil dann fehlen würde.

Herr Beckmann stellt den Antrag, die Beschlussfassung, der des Schulausschusses anzupassen. Die Mitglieder des Ausschusses widersprechen dem nicht.

Herr Bauer formuliert den neuen Beschlussvorschlag:

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Südeschule als *3-zügige Grundschule am Hauptstandort Südeschule mit dem Nebenstandort Konradschule als 1-zügige Grundschule ohne Ganztagsbereich und Sporthalle* im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage dieser Vorplanung die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
8 Enthaltungen

**7. Grundschuloffensive - Vorstellung der Vorentwurfsplanung Annetteschule
Vorlage: 124/23**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Annetteschule im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage dieser Vorplanung die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Grundschuloffensive - Vorstellung der Vorentwurfsplanung Marienschule
Vorlage: 125/23**

Herr Keller stellt die verschiedenen Varianten vor.

Herr Beckmann möchte bitten, dass im Laufe der weiteren Planung der Variante 3 darauf geachtet werde, dass der Charakter des alten Gebäudes optisch nicht untergehe.

Herr Keller nimmt die Anregung mit, da man sich noch im Rahmen der Vorplanung befinde.

Frau Friedrich erklärt, dass sie sich für die Variante 2 mit der Funktionalität eines abgeschlossenen Teils der Aula, wie es in der Variante 3 enthalten sei, aussprechen.

Herr Keller erklärt, dass das Konzept mit dem abgeschlossenen Bereich der Aula und des Toilettenbereiches auch für die anderen Varianten anwendbar sei.

Frau Friedrich stellt den Änderungsantrag, die Variante 2 mit dem abgeschlossenen Bereich der Aula und der Toilettenanlagen weiter zu verfolgen und hiermit in die weitere Planung zu gehen.

Herr Brauer lässt über den Änderungsantrag von Frau Friedrich abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei
4 Ja-Stimmen und
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Marienschule Variante 3 im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage dieser Vorplanung die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
3 Enthaltungen

**9. Stadtteil-Lastenrad-Initiative für Rheine
Vorlage: 216/23**

Frau Schauer weist darauf hin, dass man eine Bewerbung für den Standort eines Lastenrades erhalten habe. Man werde dies auf den Weg bringen, wobei es auch noch weitere Interessenten gebe. Für den Rest verweist sie auf die Vorlage.

Frau Friedrich regt an, eine digitale Lösung für das Ausleihen der Lastenräder einzusetzen. Sie frage sich, ob man auf Dauer mit dem ehrenamtlichen Engagement auskomme. Sie gehe davon aus, dass, wenn die Ausleihe der Lastenräder zunehme, man an einer digitalen Lösung nicht vorbeikomme.

Herr Nagelschmidt ergänzt, dass man schon an einer digitalen Lösung arbeite, die dann stadtweit zur Verfügung gestellt werden könne.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt der Übergabe eines Lastenrades für den Aufbau einer Lastenrad-Stadtteil-Initiative an die Bürgerberggemeinschaft Stadtteilbeirat Schotthock / Nelson Mandela Schule zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Straßen- und Wegekonzzept - Prioritätenliste für den Ausbau von Straßen 2024 - 2027
Vorlage: 236/23**

Herr Murali erklärt, dass es um die Plackenstraße 17 bis zum Hartmutweg gehe und die Planung sehr weit nach hinten gesetzt wurde. Er fragt, ob es hierfür einen Grund gebe.

Herr Roling erklärt, dass die Plackenstraße als Baustraße hergestellt wurde und in einem guten Zustand sei. Deshalb habe man hier keinen Druck, zeitnah auszubauen.

Herr Beckmann bittet, die Birkenallee zwischen Dorfstraße und Am Stadtwalde von 2027 vorzuziehen, wofür der Hellhügelweg zurückgestellt werden könnte. Bei den Straßen Laugärten Ost und West bittet er zu prüfen, ob es da eine Verwechslung gegeben habe. Bei der Bevergerner Straße habe man noch Fragen zu Beiträgen und der Förderung. Bei der Straße Schmidts-Kämpken sei aus der Fraktion gekommen, dass die Straße immer ein Wirtschaftsweg gewesen sei. Sie haben sich gefragt, warum dies jetzt geändert werden solle.

Herr Roling erklärt, dass man bei der Birkenallee beschlossen habe, den Ausbau zusammenhängend durchzuführen. Dort gäbe es zwei Abschnitte, von der Dorfstraße bis zum Am Stadtwalde und weiter dann zur Sandkampstraße. Man habe dies insgesamt geschoben, um ein großes Gesamtprojekt zu erhalten, wobei dann auch die Preise entsprechend gedrückt werden können. Bei der Straße Schmidts-Kämpken gebe es einen Bebauungsplan für dies Gebiet, wobei diese Straße sicherlich auch mal ein Wirtschaftsweg gewesen sei, an dem gebaut wurde. Herr Roling weist darauf hin, dass die Anwohner schon auf den Ausbau warten, da sich die Nässe bei starken Regenereignissen sehr stauet. Bei dieser Straße werde auf eine Muldenversickerung gesetzt und da diese Maßnahme schon einmal verschoben wurde, möchte man sie in diesem Jahr durchführen. Zu den Laugärten erklärt Herr Roling, dass die Maßnahme Laugärten Ost in diesem Jahr noch umgesetzt werde. Die Straßen Laugärten West und der Josef-Pieper-Weg werden dann in 2024 ausgebaut.

Herr Havers erklärt, dass bei der Steinfurter Straße als Radstraße die letzten 80 Meter ausgebaut werden. Dies erfolge jetzt von Quellenstraße bis zur Straße In den Wiesen, wo der Radweg dann ende. Danach würde das Chaos allerdings erst anfangen, da man dann nur links 70 Meter zur Breiten Straße und nach rechts 80 Meter zur Dutumer Straße fahren könne. Da man sich nach rechts die Weiterführung zum Radweg nach Neuenkirchen gedacht habe, sei die Situation katastrophal. Wenn es dort regne, sei die ganze rechte Seite zu den Einzelhäusern komplett überschwemmt, da die Abflüsse, die auf der anderen Straßenseite liegen, zu hoch seien. Jetzt habe er gelesen, dass die Straße In den Wiesen nicht jetzt ausgebaut werde, sondern erst im Jahr 2027. Da dies auch ein Schulweg sei, ist Herr Havers der Meinung, dass dies nicht bis 2027 warten könne.

Herr Roling geht davon aus, dass diese Straße noch nicht erstmalig hergestellt wurde. Deswegen müsse man die Straße gesamt ausbauen und vorziehen. Ein Ziel aus dem Thema „Rheine 2030“ sei es, einen grünen Ring rund um die Stadt Rheine zu etablieren und mit den zuführenden radialen Radverkehrsstraßen in die Innenstadt und zur Ems zu verbinden. Die Anbindung zu diesem Ring müsse noch geplant werden. Wenn man jetzt die Straße zu früh hereinnehme, verbaue man sich vielleicht die Möglichkeit einer optimierten Anbindung an den Ring.

Herr Havers ergänzt, dass die Breite Straße fast schon eine überörtliche Durchgangsstraße sei, um vom Bahnhof zur Felsenstraße zu gelangen und dort viel mehr Verkehr herrsche als auf der Dutumer Straße. So würde sich als Radwegefortsetzung nur der Weg über die Dutumer Straße und die Felsenstraße in Richtung Neuenkirchen anbieten.

Frau Achterkamp fragt zur Straße Am Flöddert, warum der Ausbau der Stichstraße für 2025 vorgesehen sei, obwohl an dieser Straße nur vier Reihenhäuser liegen. Sie möchte bitten, die Straße Am Flöddert auszubauen, da diese keine Gehwege habe und eine Zuwegung zum Sportzentrum Hassenbrock sei. Sie regt an, den Stichweg zu vernachlässigen und einen generellen Ausbau der Straße Am Flöddert mit Gehwegen und Beleuchtung anzustreben.

Herr Roling erklärt, dass der Ausbau des Stichweges weitaus geringer sei, als der Ausbau der Straße Am Flöddert insgesamt. Es sei schwierig, die Straßen eins zu eins zu tauschen. Da die

Fläche an der Stichstraße noch nicht so bebaut sei, wolle man dies als Anregung sehen, dass sich dort die Wohnbebauung weiterentwickle.

Herr Tappe weist darauf hin, dass auf der Straße Im Lau Ausbesserungen der Fahrbahn stattgefunden haben, aber weitere Teilbereiche nicht gut seien. Er bittet, die Straße nicht außer Acht zu lassen. Ähnlich sehe es bei der Straße Im Brink aus, wo es sich um einen Erstausbau handeln würde. Auch hierfür regt Herr Tappe an, die Fahrbahn nur auszubessern.

Herr Brauer stellt den Änderungsantrag, den endgültigen Ausbau der Plackenstraße in das Jahr 2024 vorzuziehen, wobei die Verwaltung ggf. entscheiden müsse, welche Maßnahme dann nicht durchgeführt werden könne. Grund sei der Kindergarten, welcher sehr schlecht erschlossen sei, wobei die Eltern dann über die Baustraße fahren müssen und mit Sandbergen bis zum Eingang konfrontiert seien. Dies sei gerade bei Regen eine Zumutung. Darauf hinweisen möchte er, dass bei allen Häusern der Bau abgeschlossen und die Vorgärten fertig seien.

Frau Schauer erklärt zum weiteren Vorgehen, dass man nur die Maßnahmen einplane, die man letztendlich dann auch verbauen könne. Sie weist darauf hin, dass man nur ein begrenztes Maß an Baumaßnahmen, auch aus personeller Sicht durchführen könne. Bei den v. g. Änderungen müsse man nun prüfen und schauen, welche Projekte dafür zurückgestellt werden können. Die Ergebnisse würde sie in der nächsten Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses bekanntgeben.

Herr Brauer könne dem zustimmen und fasst die angesprochenen und zu überprüfenden Maßnahmen zusammen:

1. Plackenstraße
2. Am Flöddert
3. In den Wiesen
4. Birkenallee

Herr Brauer verweist die Beschlussfassung somit in die kommende Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses im August des Jahres.

Abstimmungsergebnis: verwiesen in die nächste Sitzung des BaMo

11. Straßen- und Wegekonzept - Prioritätenliste zum Ausbau von Straßenbeleuchtung Vorlage: 241/23

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt

- 1) das Straßen- und Wegekonzept - Prioritätenliste zum Ausbau der Straßenbeleuchtung (Anlage 1) für die Maßnahmen in 2023 und vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen 2024 für die Maßnahmen in 2024.
- 2) die Verbesserung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung für folgende Projekte einschließlich der Ausführungsbeschreibung:

a)	Fasanenstraße mit Eulenstraße 9 - 20	Jägerstraße	Meisenstraße
b)	Meisenstraße	Eulenstraße	Zur Heide
c)	Wienerskamp	Meisenstraße	Zur Heide
d)	Friedrich-Ebert-Ring	Servatiistraße	Rolandstraße
e)	Steinfurter Straße	Beethovenstraße	Quellenstraße
f)	Burrichterstraße	Friedhofstraße	Schützenstraße
g)	Franzstraße	Dreierwalder Straße	Peterstraße
h)	Sesenheimweg	Schäfergasse	Wendehammer
i)	Veenstraße	Gröningstraße	Alte Bahnhofstr.
j)	Wilhelmstraße	Lindenstraße	Krumme Straße
k)	Felsenstraße	Nadigstraße	Dutumer Straße
l)	Felsenstraße - Stichwege Flurstücke 171, 173 und 174		
m)	In den Wiesen (mit Stichweg)	Dutumer Straße	Wendehammer
n)	Felsenstraße	Dutumer Straße	Ludwig-Dürr-Str.
o)	Fliederweg	Ludwig-Dürr-Str.	Felsenstr.
p)	Felsenstraße mit Nelken-, Tulpen-, Schneeglöckchen- und Edelweißweg	Fliederweg	Edelweißweg
q)	Hörstkamp	Münsterstraße	Hafenbahn
r)	Münsterstraße	Hörstkamp	Hovestraße
s)	Welkinghove	Münsterstraße	Hovestraße
t)	Hafenbahn	Karolinenstraße	Bahnunterführung
u)	Karolinenstraße	Hafenbahn	Wendehammer
v)	Hedwigstraße	Hafenbahn	Wendehammer
w)	Am Bauhof	Münsterlanddamm	Wendehammer
x)	Tichelkampstraße	Breite Straße	Catenhorner Str.
y)	Pappelstraße	Tichelkampstr.	Catenhorner Str.
z)	Görresstr./Hauenhorster Str.	Catenhorner Str.	Anne-Frank-Str.
aa)	Mittelstraße	Catenhorner Str.	Breite Str.
bb)	Darbrockstraße	Mittelstraße	Bühnertstraße
cc)	Breitestraße	Lindenstr. Tichelkampstr.	Beethovenstr.
dd)	Bühnertstraße	Catenhorner Str.	Im Sundern
ee)	Waldmarkstraße	Liegnitzer Weg	Eckenerstraße
ff)	Eckenerstraße	Stettiner Straße	Waldmarkstraße

- 3) für die Maßnahmen unter 2) a) bis ff) eine schriftliche Information an die Anlieger über die vorgesehenen Arbeiten zu versenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**12. Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung und Einführung von Trixi-Spiegeln
Vorlage: 239/23**

Herr Moritzer erklärt, dass die Vorlage genau die Ideen aufgreife, die von ihnen im Antrag gestellt wurden. Aufgrund dessen können sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Beschluss

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Auswertung von regelmäßig aktualisierten Unfallhäufungsstellen hinsichtlich Rechtsabbiegeunfällen mit Fußgänger- oder Radfahrerbeteiligung zu prüfen, ob an diesen Stellen die Installation von Konvexspiegeln eine Verbesserung der Gefahrenlage darstellen könnte. In diesen Fällen wird nach einer Beratung im Arbeitskreis Verkehr über die Installation eines Spiegels entschieden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Ausbau Homeyerstraße (53014-592)
(Forckenbeckstr. - Salinenkanal)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 10A,
Kennwort: "Westliche Innenstadt"
I. Abwägung und Abwägungsbeschlüsse zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 226/23**

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- Beschlussvorschläge siehe Begründung –

Zu II: Festlegung des Bauprogrammes

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau der Straße:

Homeyerstraße (Forckenbeckstr. – Salinenkanal) / verkehrsberuhigter Ausbau

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus

- a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem/rotem Betonsteinpflaster
niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus Asphalt
 - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit / ohne Bäume und mit Unterpflanzung
 - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus Rasenfugenpflaster
- 2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
 - 3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Fuß- und Radweg

- 1. Geh- und Radwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus Asphalt
- 2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
- 3. Straßenentwässerung mit Ableitung zum Vorfluter

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei
3 Nein-Stimmen

- 14. **Ausbau der Jägerstraße (von Surenburgstraße bis Meisenstraße)**
 (53140050200211)
 Offenlage
 Vorlage: 233/23

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt die Offenlage der Variante 1 in den Diensträumen des Fachbereiches 5/Mobilitäts- und Verkehrsplanung im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Antrag der SPD-Fraktion auf Zuwegung zum Kanuclub
Vorlage: 243/23**

Herr Schaper erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen können.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Bauleitplanverfahrens für die Überplanung des Amisia-Grundstücks die Möglichkeiten einer Zuwegung zum Kanu-Club Rheine 1950 e. V. und Sportangelverein „Emsland“ Rheine e. V. 1924 am Kettelerufer mit zu betrachten und für den Ausschuss für Stadtentwicklung aufzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Antrag der SPD vom 26.04.2022: Aufwertung des Geländes der einstigen Synagogengemeinde Ecke Neuenkirchener Str./Salzbergener Str.
Vorlage: 237/23**

Frau Jaske ergänzt die Ausführung zur Vorlage. Sie informiert über den gemeinsamen Vororttermin, welcher gestern stattgefunden habe. Der Friedhofsbeauftragte des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Westfalen-Lippe sei Vorort gewesen und begrüße die Aufwertung der Fläche. Die Idee hierfür sei, zwei unterschiedlich hohe Hecken im Verlauf der Neuenkirchener Straße und Salzbergener Straße zu pflanzen. Der Weg zum Gedenkstein solle mit einem Metalltor versehen und der Gedenkstein gesäubert und überarbeitet werden. Weiter solle der Gedenkstein angestrahlt werden. Frau Jaske erklärt, dass man dem StUK vorschlagen werde, das Projekt in den Masterplan „Grün“ zu übernehmen. Auch sei im Antrag eine entsprechende Beschilderung gefordert worden, was man über den Kulturausschuss klären müsse. Außerdem sei eine Fläche festgelegt worden, auf der entsprechende Schautafeln installiert werden können, was auch über den Kulturbereich laufen müsse.

Herr Schaper erklärt, dass sie mit der Entwicklung, wie sie Frau Jaske vorgetragen habe, vollauf zufrieden seien.

Herr Brauer erklärt, dass er davon ausgehe, dass eine Beschlussfassung gar nicht mehr nötig sei. Es sei schon alles auf den Weg gebracht worden und der Antrag somit erledigt.

17. Berichtswesen 2023, Stichtag 31.05.2023 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 52, 53, 56 und 57, Sonderprojekt Rahmenplan Innenstadt
Vorlage: 200/23

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 52, 53, 56 und 57 sowie das Sonderprojekt Rahmenplan Innenstadt mit dem Stand der Daten vom 31.05.2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

18. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin